

Liebe Teilnehmer dieser kleinen Friedensdemo,

anlässlich des Antikriegstages, des Weltfriedenstages stehen wir nun hier vor einem roten aufgeblasenen Panzer, einem sogenannten Friedenspanzer der Bundestagsfraktion der LINKEN, die im Rahmen ihrer Aktion „Fraktion vor Ort“ auch dieses Jahr wieder eine Friedenstour vom 28. August bis 15. September quer durch Deutschland und heute auch in Luckau durchführt.

Unter dem Motto:

„Waffen schaffen keinen Frieden“

zur Idee des Panzers: wie kann man Frieden ohne was zu sagen am besten ausdrücken? Das war der Grundgedanke.

Und dieser Gedanke kam unserem Bundestagsabgeordneten Alexander Neu, aus dem Rhein-Sieg-Kreis in NRW, der für seine Region einen solchen aufblasbaren Panzer mit Knoten im Kanonenrohr im letzten Jahr herstellen ließ. Mit diesem war dann die Fraktion bereits vier Wochen auf Tour. Normalerweise steht er an viel befahrenen Bundesstraße oder einem Bahnhof oder auf einem großem Markt, da wo ihn viele Menschen sehen können. Es soll ein „Hingucker“ sein und die Menschen sollen sich fragen, was ihnen so ein roter Panzer sagen will.

Dieser rote Panzer mit einem Knoten im Geschützlauf erinnert mich auch an die Bronzeskulptur von dem schwedischen Künstler Reuterswärd. Seine bekannte Skulptur „Keine Gewalt“ zeigt eine Pistole mit einem Knoten im Lauf. Diese steht seit 1988 vor dem Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York. Kopien davon sind in 30 Städten der Welt zu finden, darunter in Los Angeles, Peking, Lausanne, Malmö und vor dem Bundeskanzleramt in Berlin.

Der Antikriegstag 2020 ist ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas und der Welt vom Faschismus jähren sich zum 75. Mal. Mit seinem Überfall auf Polen riss Nazi-Deutschland 1939 die Welt in den Abgrund eines bestialischen Krieges, der unermessliches Leid über die Menschen brachte und 60 Millionen Tote forderte.

75 Jahre nach Kriegsende liegt es an uns, die Erinnerung an diese zahllosen Toten wachzuhalten und der Millionen von Holocaust-Opfern zu gedenken, die von den Nazis ermordet

wurden. Und wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt.

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

So lautet unumstößlich die Lehre, die wir aus der Geschichte gezogen haben – und für die wir uns heute wieder mit all unserer Kraft stark machen müssen.

Wir erleben derzeit den internationalen Abgesang auf eine Politik der Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit und auf eine neue multilaterale Weltordnung, die wir uns vor 30 Jahren erhofft hatten.

Stattdessen leben wir in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät.

Nationalismus und Militarismus greifen wieder um sich und setzen eine neue Spirale der Aufrüstung in Gang. 75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 erreicht der nukleare Rüstungswettlauf ungeahnte Ausmaße.

Alle neun Atommächte stecken Unsummen in die Modernisierung ihrer Nukleararsenale und Anfang des nächsten Jahres könnte mit dem russisch-amerikanischen „New Start“-Vertrag das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen auslaufen.

Auch deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass die deutsche Bundesregierung sich weiterhin weigert, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

Welche Dimensionen das Wettrüsten inzwischen erreicht hat, zeigen die aktuellen Zahlen. Die globalen Rüstungsausgaben belaufen sich inzwischen auf 2 Billionen US-Dollar.

Die deutsche Bundesregierung spielt dabei eine unrühmliche Vorreiterrolle. Deutschland ist nicht nur viertgrößter Rüstungsexporteur weltweit, sondern ist bei den Ländern mit den meisten Rüstungsausgaben auf den siebten Platz vorgerückt. Wenn die Bundesregierung die NATO-Zielvorgabe erfüllen würde, zwei Prozent des deutschen BIP für Verteidigung auszugeben, so könnte dies eine weitere Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Milliarden Euro bedeuten.

Die Corona-Krise führt drastisch vor Augen, wie verantwortungslos diese Geldverschwendung ist. Besonders deutlich zeigt sich dies im Globalen Süden. So sind etwa in vielen Ländern Lateinamerikas große Bevölkerungsteile schutzlos dem Virus ausgesetzt, weil es an einer flächen-deckenden Gesundheitsversorgung fehlt und die dortige Zwei-Klassen-Medizin

Angehörige der Ober- und Mittelschicht privilegiert. Gleichzeitig sind die Rüstungsausgaben in der Region in jüngster Zeit stark angestiegen – Geld, das für den dringend nötigen Ausbau der Gesundheits- und Sozialsysteme fehlt.

Aber auch im Falle Deutschlands legt die Corona-Krise schonungslos offen, wie gravierend die Fehlverteilung öffentlicher Mittel ist. Im Bundeshaushalt 2020 waren ursprünglich 12 Prozent der Ausgaben für den Verteidigungsetat vorgesehen, während nur ein Drittel davon in das Gesundheitssystem fließen sollte.

Es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen!

Die Pandemie, der Klimawandel, die Digitalisierung – all diese gewaltigen Herausforderungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vergrößern die soziale Ungleichheit. Wir müssen gegensteuern! Dafür sind neben einem starken und solide finanzierten Sozialstaat immense öffentliche Investitionen nötig – in Gesundheit und Pflege, in unser Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich endgültig von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen und die für Rüstungsausgaben vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

Um dieser Forderung politischen Nachdruck zu verleihen, fordert die Partei DIE LINKE als Partner der Friedensinitiative **„Abrüsten statt Aufrüsten“ ein Ende der nuklearen Aufrüstung und den sofortigen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Die Bundesregierung muss dem Atomwaffenverbotsvertrag endlich beitreten.**

DIE LINKE kämpft für den Frieden und will den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten, vor allem in Krisengebiete!

Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der Europäischen Union machen diese Forderungen dringlicher denn je.

Wir fordern keine Erhöhung des Militäretats und keine europäische Armee!

Eine europäische Entspannungspolitik statt Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Einhaltung der Menschenrechte,

Schutz vor Tod, Folter, Verfolgung und Diskriminierung gewährleisten!

Wir wollen eine starke Friedensbewegung, und arbeiten als LINKE in der Friedensbewegung mit.

Nie wieder Krieg!

Holger Menze

Vorsitzender des Stadtverbands Luckau